



PROTOKOLL

DER 6. SITZUNG DES EINWOHNERRATES, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort	Donnerstag, 7. Dezember 2006 Aula Rhyfallhalle, Neuhausen am Rheinfall	19.00 – 20.15 Uhr
Präsenz	20 Einwohnerräte (ER) 5 Gemeinderäte (GR) Gemeindeschreiberin Aktuarin	
Vorsitz	ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)	
Entschuldigt	-	
Protokoll	Das Protokoll der 5. Sitzung vom 9. November 2006 hat im Ratsbüro noch nicht zirkuliert. Es wird an der nächsten Einwohnerratssitzung im Januar 2007 abgenommen.	
Mitteilungen	-	
Neueingänge	-	
Offene Geschäfte	<ul style="list-style-type: none"> - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Unterstützung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten familienergänzenden Kinderbetreuungsangebots - Postulat Christian Di Ronco (CVP): Moratorium für Bewilligungen von Baugesuchen für Mobilfunkantennen der neuesten Generation GMS/UMTS - Volksmotion: Mobilfunkantennen 	
Traktandenliste	<ol style="list-style-type: none"> 1. Bericht und Antrag betreffend Grundeigentümerbeiträge 2. Beantwortung Interpellation Walter Herrmann betreffend Massnahmen gegen Vandalismus und Unordnung 3. Beantwortung Interpellation Willi Josel betreffend Handlauf Unterführung Oberbergweg/Wildenstrasse 4. Wahlen <ol style="list-style-type: none"> a) der Präsidentin / des Präsidenten für 2007 b) der Vizepräsidentin / des Vizepräsidenten für 2007 c) von zwei Stimmzählerinnen / Stimmzähler für 2007 und 2008 d) der Aktuarin / des Aktuars für 2007 und 2008 	

In der Folge wird Traktandum 3 gestrichen und die derart geänderte Traktandenliste genehmigt.

**Traktandenliste
neu**

1. Bericht und Antrag betreffend Grundeigentümerbeiträge
2. Beantwortung Interpellation Walter Herrmann betreffend Massnahmen gegen Vandalismus und Unordnung
3. Wahlen
 - a) der Präsidentin / des Präsidenten für 2007
 - b) der Vizepräsidentin / des Vizepräsidenten für 2007
 - c) von zwei Stimmentzählerinnen / Stimmentzähler für 2007 und 2008
 - d) der Aktuarin / des Aktuars für 2007 und 2008

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie zur 6. Sitzung des Einwohnerrates hier in diesem Saale. Es ist gleichzeitig die letzte Sitzung in diesem Jahr.

Gestatten Sie mir hier ganz kurz eine Abschiedsrede des Präsidenten.

Bereits sind mein Präsidialjahr 2006 und damit meine Zeit als oberster Neuhauser wieder um. Eigentlich war ich doch positiv überrascht, wie oft ich in meinem "Regierungsjahr" auf mein Amt in überaus würdigendem Sinne angesprochen wurde. Offenbar ist diese "Thronposition" doch eine bemerkenswerte Sache in unserer Gemeinde sowie auch in der näheren Region. Natürlich immer im Wissen um unsere Volksdemokratie. Einmal, in einem lockeren Gespräch beim Feierabendbier eskalierte dann die Geschichte folgendermassen: Mein Gegenüber behauptete, dass der oberste Neuhauser nicht wirklich über ein richtiges Königreich verfüge. Darauf war ich natürlich nicht verlegen, die überaus tollen Vorzüge unserer Gemeinde vehement zu verteidigen und entgegnete keck: "Aber sicher, wir haben sogar zwei Schlösser. Schloss Charlottenfels und das Schössli Wörth und ausserdem ausserdem aus der historisch bedeutenden und bemerkenswerten Hotelleriegeschichte am Rheinfall zusätzlich noch eine grossherzogliche Badische Staatsbahn." Punkt. Das war überzeugend!



Eine weitere Episode war, der von der Gemeinde organisierte Neuzuzügerapéro. Ich hatte wirklich zeitweise das Gefühl, ich müsste irgendwo im fernen Indien gelandet sein. Rund um mich herum waren sehr schön und farbig gekleidete Damen und Herren mit ihren typischen Gewändern und dem natürlich nicht fehlenden, kunstvollen Turban auf dem Kopf. Nun ja, als oberster Neuhauser hätte ich da eher in wertvollsten Gewändern als indischer Maharadscha dazu gepasst. Des Rätsels Lösung war eigentlich einfach. Die Firma Siemens/VDO musste kurzfristig zur Abwicklung eines grossen Auftrages ihre Mitarbeiter aus Indien nach Neuhausen am Rheinfall holen. Das nur zwei kleine Geschichten aus meinem "Königreich auf Zeit".

Zurück auf dem Boden der politischen Realität bedanke ich mich ganz herzlich bei Euch allen für die wertvolle Zusammenarbeit zum Wohle unserer Gemeinde. Meinem Nachfolger wünsche ich bestes Gelingen im Rat und ein schönes und erfolgreiches Regierungsjahr als Schloss- und Schössliherr.

Ich stelle die Traktandenliste zur Diskussion.

ER Willi Josel (SVP)

Der Gemeinderat hat den älteren Leuten ein Weihnachtsgeschenk gemacht. Die Interpellation mit dem Wunsch die Lücke im Geländer im Tunnel zu schliessen wurde umgehend gefertigt. So schnell habe ich den Gemeinderat gar noch nie reagieren sehen. Danke und Bravo! Nachdem der Wunsch auf die Frage erfüllt ist, möchte ich meine Interpellation zurückziehen.

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Sie haben gehört, dass ER Willi Josel Traktandum 3 der Traktandenliste entfallen lassen will. Regt sich im Rat dagegen Widerstand? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann streichen wir Traktandum 3 und das Traktandum 4 wird neu zum Traktandum 3.

TRAKTANDUM 1 Bericht und Antrag betreffend Grundeigentümerbeiträge

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Sie haben den Kommissionsbericht alle erhalten. Das scheint der Fall zu sein. Da ich jetzt in Doppelfunktion als Noch-Präsidenten des Einwohnerrates und gleichzeitig als Präsident dieser Kommission amtiere, übergeben ich für dieses Geschäft das Präsidium meinem Vizepräsidenten Rolf Forster.

ER-Vizepräsident Rolf Forster (SVP)

Ich möchte sofort anfangen und gebe das Wort an den Kommissionspräsidenten Markus Anderegg.

ER August Hafner (SP)

Ich nehme den Ausstand bei diesem Geschäft. Die Begründung habe ich bereits das letzte Mal abgegeben.

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Die Kommission über die Vorlage "Verordnung über die Grundeigentümerbeiträge" hat zweimal ihre Sitzung abgehalten. Sie haben sicher den Kommissionsbericht gelesen. Es ist unter Punkt 3 in der Ausgangslage beschrieben, warum man diese Verordnung anpassen muss. Ich verzichte darauf, dies nochmals vorzulesen. Ich bemerke aber zu den Änderungen, dass diese Änderungen eigentlich im grossen Sinne nur redaktioneller Art sind, vor allem auch in der Gliederung und zur besseren Verständlichkeit der Verordnung getätigt wurden. Sie haben die neue Verordnung in der neuen Fassung, die eigentlich keine materiellen Veränderungen hat, auch erhalten und konnten



diese im Vorfeld studieren. Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig, diese geänderte Vorlage gemäss dem Antrag des Gemeinderates zu genehmigen.

Eintretensdebatte:

ER Christian Di Ronco (CVP)

Die wichtigen Gründe für die Totalrevision der Verordnung über die Grundeigentümerbeiträge hat der Kommissionspräsident in seinem Bericht und jetzt kurz mündlich ausführlich dargelegt. Einige Artikel wurden verständlicher formuliert, damit sie später in der Anwendung nicht nur von Juristen sondern auch von Nicht-Juristen verstanden werden. Die neue Verordnung bietet eine bessere und klare Regelung bei der Verfahrensweise bei unbebauten und bebauten Grundstücken, die erschliessungsmässig aufgewertet werden. Die CVP ist froh, dass dieses Geschäft in der Kommission behandelt worden ist. Hätten wir das heute Abend im Rat gemacht, wäre sehr wahrscheinlich die Feier unseres neuen Einwohnerratspräsidenten ausgefallen. Die CVP wird eintreten und der überarbeiteten Fassung zustimmen.

ER Albert Gysin (SVP)

Es ist eigentlich alles gesagt und ich glaube es ist eine gute Verordnung und daher wird auch die SVP dieser Verordnung zustimmen.

ER Ernst Schläpfer (SP)

Auch die ÖBS und SP Fraktion tritt auf die Vorlage ein. Wir anerkennen die Notwendigkeit der Vorlage, da der Kanton ja eine entsprechende Anpassung der bisherigen Verordnung vorschreibt. Die Vorlage ist eine relativ schwer verständliche Materie und es ist deshalb, wie bereits gesagt, sicher sinnvoll in einer Kommission die wichtigsten Fragen zu beantworten. Die SP/ÖBS Fraktion wird der Vorlage zustimmen, wird aber in der Detailberatung noch die eine oder andere Frage stellen.

GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme, diese in der Tat nicht sehr einfachen Vorlage, im Einwohnerrat. Der Gemeinderat war leider gezwungen Ihnen diese teilweise juristisch technische Vorlage zu präsentieren, da die aufzuhebende Verordnung den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht. Ich meinerseits bin ebenfalls dankbar gewesen, dass die verschiedenen Fragen in der Kommission besprochen werden konnten und hoffe, dass die nun vorliegende Version besser verständlich ist. Wie gesagt, materiell gibt es keine Änderungen und ich bin froh, wenn die Fraktionen hier zustimmen können. Besten Dank.

Keine Detailberatung gewünscht.

Antrag:

Die Verordnung über die Grundeigentümerbeiträge wird genehmigt.

Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 14 lit. a und Art. 25 lit. e der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

Der Antrag wird mit 19 : 1 Stimmen angenommen.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 2 Beantwortung der Interpellation Walter Herrmann betreffend Massnahmen gegen Vandalismus und Unordnung

GR Dino Tamagni

Gerne beantworte ich Ihnen die Interpellation aus Sicht des Polizeireferenten. Da der Vandalismus auch den Bereich der Schule sowie das soziale Zusammenleben betrifft, werden anschliessend noch die Sozialreferentin sowie auch der Schulreferent diese Antwort von mir ergänzen.

Wie aus der schriftlichen Anfrage von Walter Herrmann vom 19. Dezember 2005 und die an der zweiten Einwohnerratssitzung dieses Jahres von ihm ergänzt wurde, stellt er richtig fest, dass jährlich viele tausend Franken für die Schadensbehebung durch Vandalismus ausgegeben werden. Mit Ausnahme von 2004, wo ein Einbruchdiebstahl an einem Ticketautomaten zu erheblichen Kosten geführt hatte, sind jedoch grundsätzlich die Unkosten aus Schadenfällen stabil geblieben, was auf eine minimale Verschlechterung der Situation betreffend der Sachbeschädigung schliessen lässt. Was jedoch nicht direkt bemessen werden kann, sind die Aufwendungen des Bauamtes für das Aufräumen der zerschlagenen Flaschen oder ähnlichem Unrat. Die Stunden werden nicht explizit erfasst, deshalb können auch die Kosten für diese Form von Vandalismus nicht ausgewiesen werden. Diese haben jedoch tendenziell zugenommen. An dieser Stelle sei auch gesagt, dass nicht alle Vandalenakte durch Neuhauser Einwohner und Einwohnerinnen getätigt werden.

Seit der Zusammenlegung der Ortspolizei Neuhausen am Rheinfall und der Kantonspolizei Schaffhausen zur Schaffhauser Polizei im Jahre 2001, wurden die Aufgaben der entstandenen Verwaltungspolizei neu definiert. Da die heutigen Verwaltungspolizisten nicht mehr spezifisch für solche Interventionen geschult werden, sind die Eingriffsmöglichkeiten bei Randalierern aus Sicherheitsgründen als gering zu betrachten. Des Weiteren ist die Verwaltungspolizei mit dem heutigen Personalbestand nicht in der Lage einen regelmässigen Spät- oder Nachtdienst aufrecht zu erhalten und damit zu den bevorzugten Zeiten der Zuwiderhandelnden einzugreifen. Beim Zusammenschluss fehlten nun auf Seiten der Schaffhauser Polizei die vier Personen der Verwaltungspolizei, welche durch ihren damals bewaffneten Dienst gegen aussen für zusätzliche Präsenz sorgten und subjektiv ein verstärktes Sicherheits- und Ordnungsgefühl vermittelten.



Des Weiteren wurde auch der Aufgabenbereich der Schaffhauser Polizei stetig erweitert, vor allem im Bereich der Administration. Die Erfassung von Daten und deren Behandlung wird durch den Bund vorgeschrieben. Der Regierungsrat hat die permanente Unterbesetzung erkannt und 2004 beim Kantonsrat eine Stellenaufstockung um 10 Polizisten erwirkt. Um den neuen Vollbestand zu erreichen, wurde 2005 mit der Ausbildung von Polizisten begonnen. Die Ausbildung dauert ein Jahr und somit können diese ab diesem Herbst d.h. ab jetzt, eingesetzt werden. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die natürliche Fluktuation während dieser Zeit auch abgefangen werden muss. Aus diesem Grund werden weitere Polizisten ausgebildet. Somit kann ab dem dritten Quartal 2007 mit einem Vollbestand der Polizei gerechnet werden. Als weitere Massnahme zur Schaffung von Personalressourcen hat das Polizeikommando der Schaffhauser Polizei die Organisationsstrukturen neu aufgebaut, mit dem Erfolg, dass im Bereich der Sicherheit seit dem 1. Januar 2005 eine zusätzliche Schwerpunktpatrouille eingesetzt wird. Die Koordination der Patrouillen erfolgt neu durch den Sachbearbeiter Einsatz.

In Gesprächen mit dem Chef Sicherheitspolizei und dem Postenchef der Schaffhauser Polizei in Neuhausen am Rheinfall, wurde mit Verweis auf die Legislaturziele der Gemeinde „Verbesserung der Präsenz in Neuhausen am Rheinfall“ verlangt, die Präsenz in Neuhausen am Rheinfall zu erhöhen. Durch die verbesserten Strukturen der Polizei war es möglich die Patrouillentätigkeit, mit Hilfe der erwähnten Schwerpunktpatrouille, in Neuhausen am Rheinfall zu verdoppeln. Durch den Sachbearbeiter Einsatz werden alle gemeldeten Übertretungen neu auf einer Einsatzkarte festgehalten und aktualisiert. Er plant den Einsatz der Schwerpunktpatrouille nach den Ballungen der angezeigten Übertretungen, somit ist es vermehrt möglich an neuralgischen Punkten Präsenz zu zeigen. Nach der Ausbildung der Polizeiaspiranten wird die Patrouillentätigkeit nochmals ausgebaut.

Als eine weitere unterstützende Massnahme hat der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 7. Juni 2006 die Schaffhauser Polizei zum unmittelbaren Busseneinzug bevollmächtigt. Somit ist es Angehörigen des Schaffhauser Polizeicorps möglich, ohne ein langwieriges und kompliziertes schriftliches Verzeigungsverfahren, Störenfriede zur Kasse zu bitten und dort zu treffen, wo es am meisten weh tut; nämlich hinten rechts.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Schaffhauser Polizei sowohl mit der Erhöhung der Patrouillentätigkeit als auch mit der Bevollmächtigung zum unmittelbaren Busseneinzug zukünftig ihre repressive Wirkung in Bezug auf die Sicherheit und Ordnung genügend erzielen wird. Trotz



alldem muss akzeptiert werden, dass es auch für die Polizei nicht abschätzbar ist, wo und zu welchem Zeitpunkt Vandalenakte stattfinden, da diese meist ungeplant und spontan erfolgen.

Noch eine Bemerkung zur Schaffhauser Polizei und den erwähnten Fussballspielen. Die Sicherung der Fussballspiele auf der Breite wird nicht durch entbehrliche Stunden des Polizeipersonals sondern vorwiegend durch Überzeit der Polizisten sichergestellt.

Den Ärger des Interpellanten versteht der Gemeinderat noch so gut. Littering, zerstörte Bankanlagen und Spielplätze sind immer wieder anzutreffen und kosten den Steuerzahler Geld und die Gemeindeangestellten viel Nerven. Um jedoch den Verunstaltungen auf öffentlichen Anlagen entgegenzuwirken, bleibt nur das Erlassen eines richterlichen Verbots, welches die Nutzung so einschränkt, dass die Polizei ein Wegweisungsrecht erhält. Eine weitere Massnahme wäre auch die Kameraüberwachung von öffentlichen Anlagen, wie es bereits in der Polizeiverordnung von Thayngen festgehalten wurde. Der Gemeinderat ist jedoch der Ansicht, dass diese Massnahme als letzte ergriffen werden sollte, jedoch bei der nächsten Überarbeitung der Polizeiverordnung zur Ausstattung der rechtlichen Grundlage geprüft wird.

Da Vandalenakte vorwiegend von Jugendlichen getätigt werden, hat der Interpellant in seiner mündlichen Ausführung nach allfälligen präventiven Massnahmen im erzieherischen Bereich gefragt. Natürlich ist es wünschenswert, dass alle Eltern ihren erzieherischen Pflichten nachkommen würden und somit diese unliebsamen Akte der Beschädigung und Verunreinigung vermieden werden könnten. Leider ist es aber nicht so. Dass jedoch die Polizei mit Aufgaben zur Prävention beauftragt wird, ist personell nicht möglich. Denken Sie dabei nur an den Aufwand von vier Polizisten welche allen Schülern im Kanton das Verhalten im Verkehr beibringen sollen.

Eine weitere Option wäre die Lehrerschaft. Diese ist jedoch schon ohnehin sehr stark in dieser Angelegenheit gefordert, so dass eigentlich nur noch eine Verstärkung der Schulsozialarbeit in Frage kommen würde. Der Gemeinderat bezweifelt jedoch, dass genau bei diesen Jugendlichen der Anstand mit solchen Massnahmen beigebracht werden kann oder dass der Aufwand in der Jugendsozialarbeit so gross wäre und in keinem Verhältnis mit dem Erfolg stehen würde. Des weiteren ist der Gemeinderat der Meinung, dass es hier um ein allgemeines gesellschaftliches Problem geht, wobei insbesondere die Feststellung gilt, dass einige Jugendliche zwischen 12 und 20 Jahren vermehrt Alkohol konsumieren und dann durch Ihre Vandalenakte auffällig werden.



GR Patrick Strasser

In seiner Interpellation bitte Walter Herrmann den Gemeinderat darum, dass dem Phänomen des Vandalismus unter anderem mit erzieherischen Mitteln entgegenzuwirken sei. Erziehung sollte ja schweremühtig Sache der Eltern sein. Leider wird diese Aufgabe von immer mehr Eltern nicht mehr wahrgenommen, sodass sich die Schule hier immer wieder neuen Aufgaben gegenüber sieht. So auch beim Thema Vandalismus. So wird das Thema heutzutage im Lebenskundeunterricht an der Oberstufe behandelt. Weiter kommen verschiedene taktische Aktionen zu diesem Thema. So führt die Sekundarschule jedes Semester eine Grossputzaktion rund ums Schulhaus durch, während die Realschule sogar schon im und ums Schulhaus angrenzenden Hofstettenquartier unternommen hat. Vorbeugend wirken auch Projektarbeiten, bei denen etwas Kleineres hergestellt wird, zeigt doch die Erfahrung, dass die Schüler Sorge zu jenen Dingen tragen, die sie selbst hergestellt haben. Als Beispiel soll hier der im letzten Jahr durch die Werkklasse neu gestaltete Spielplatz Hüeneracker gehen. Ebenfalls präventiv wirkt, dass den Schülern bewusst ist, dass die Schulen eine gute und enge Zusammenarbeit mit der Schaffhauser Polizei betreiben. Gute Wirkung gezeigt haben die Schilder im Bereich des Eingangsbereichs des Rosenbergschulhauses und im Durchgang zwischen dem Rosenbergschulhaus und der Rosenbergturnhalle, die den Aufenthalt für Unbefugte in diesen Bereichen verbieten. Seit die Tafeln dort im letzten Jahr angebracht wurden, hat sich die Lage – zumindest rund um das Schulhaus Rosenberg – massiv beruhigt.

GR Franziska Brenn

Es ist nun ein Jahr vergangen seit Einreichung der Interpellation von Walter Herrmann und seither sind viele Schreckensmeldungen durch die Presse und deshalb habe ich immer wieder neue Aspekte dazugelernt und aufgeschrieben. Vor allem interessieren mich die Gründe und Ursachen der Aggressionsattacken. Statistisch gesehen war es im letzten Frühling so, dass man herausgefunden hat, dass bei den 18- bis 25-jährigen die Sozialhilfequote schweizweit am höchsten ist. Rund die Hälfte der Betroffenen verfügt über keine abgeschlossene Berufsausbildung und befindet sich auch nicht in Ausbildung. Bei uns in der Gemeinde hat diese Gruppe auch auf 13 % der Sozialhilfeempfänger zugenommen. Wir in der Gemeinde bieten den jungen Erwachsenen eine Tagestruktur an. Wir beharren darauf. Es ist nicht nur ein Angebot sondern es ist auch ein Muss. D.h. sie müssen irgendeine Tagesstruktur annehmen, wenn die jungen Sozialhilfeempfänger zu uns kommen. Oft finden wir Lösungen in der Gemeinde. Bei dieser



Gelegenheit herzlichen Dank an GR Franz Baumann und an GR Dino Tamagni. Sie helfen mit, Stellen zu suchen. Oder sie gehen ins Impuls Programm und als letzte Lösung werden sie dem Taglohnprogramm zugewiesen. Es ist mir klar, dass das Problem der Gewaltattacken schon viel früher beginnt. Es ist auch so, dass die Attacken teilweise bereits im Kindergarten beginnen. Oft haben wir beim Sozialreferat mit diesen Familien zu tun, auch von der Vormundschaftsbehörde aus. Ein weiteres neues Problem, dass in diesem Sommer stark aufgekommen ist, ist der zunehmende Alkoholkonsum. Das Suchtverhalten bei Jugendlichen, die eigentlich noch Kinder sind. Es beginnt oft schon bei den 12-jährigen. Hier ist die Ursachenforschung sehr hypothetisch. Erklärungen der Experten widersprechen sich oft. Die neusten Schreckensmeldungen der Gewaltattacken auf wehrlose Menschen, sei es auf ein 13-jähriges Mädchen, sei es auf einen 88-jährigen Menschen, lassen noch mehr aufhorchen. Was kommt als nächstes? Ursachenforschung ist hier kaum mehr möglich, jeder Erklärungsversuch tönt banal und bagatellisierend. Es sieht nach einer Fortsetzungsgeschichte des Vandalismus aus. Meine Überzeugung wächst immer mehr, und ich merke es auch in der Praxis, dass nur Prävention bereits im Kleinkindalter beginnen muss. Die Sozialhilfeabhängigkeit oder Existenzsicherung darf nicht weiter vererbt werden. Da müssen wir alles daran setzen. Wir müssen schon den Kleinsten andere Lebensperspektiven aufzeigen können, als dass sie die Freizeit nur vor dem Fernseher verbringen. Das Sozialreferat hat im vergangenen Jahr einige Unterstützung dazu erhalten. Ganz konkret. Vom Neuhauser Börsenteam wurde uns vom Erlös Fr. 1'000.— geschenkt für Ferienpässe. Wir haben in diesem Jahr allen Kindern, die zu Hause geblieben sind, einen Ferienpass ermöglicht. Die Fr. 1'000.— reichten nicht und wir haben dann von der Gemeinde aus noch aufgestockt. Das neuste schöne Beispiel. Wir haben von der Kirche des Nazareners aus dem Erlös des Bazars Fr. 1'200.— erhalten. Dies werden wir für Spielsachen für die Kinder einsetzen, damit sie Spiele haben und nicht nur vor dem Fernseher sitzen. Wir suchen referatsübergreifend mit der Schule nach Lösungen, haben einige Projekte im Sinn z.B. dass wir ausländische Mütter in die Schule bekommen und dass sie Deutsch lernen. Das Projekt ist noch nicht ganz ausgereift aber es ist in Bearbeitung. Ich muss einfach auch noch an Sie alle und an Ihre Verantwortung appellieren. An die Verantwortung der gesamten Bevölkerung. Ich denke wir können uns dieser Verantwortung nicht mehr entziehen. Es dürfen nicht noch politische Lösungen sein sondern es müssen auch private Wege gefunden werden z.B. ein Kind zu sich nach Hause nehmen für einen Mittagstisch. Oder an diejenigen von Euch, die Lehrlingen ausbilden. Nehmt doch auch mal einen Lehrling, der aus etwas schwierigeren Verhältnissen kommt. Mit Unterstützung des Sozialreferates. Ich denke, wir sind froh, um jede Zuwendung der Bevölkerung oder Hilfestellung.

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Besten Dank für die Beantwortung von Seiten des Gemeinderates. Ist der Interpellant zufrieden mit der Beantwortung oder verlangt er Diskussion?

ER Walter Herrmann (FDP)

Ich würde gerne etwas Diskutieren.

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Der Interpellant verlangt die Diskussion. Ich erwarte Wortmeldungen.

ER Walter Herrmann (FDP)

Wenn man jetzt die Worte von GR Franziska Brenn gehört hat, dann ist man natürlich noch mehr erschreckt, wenn man hört, dass mit 12 Jahren schon "gesoffen" wird und nicht einfach etwas getrunken. Wie kommen die Jugendlichen dann zu Ernst Schläpfer ins BBZ und zu einem Beruf? Wie geht das? Da sehe ich Probleme, die sind ja schon zu diesen 13 % hin verdammt, die nichts finden und nichts werden und später auch dem Sozialamt zulasten liegen. Das ist eine düstere Sache. Es ist natürlich von GR Dino Tamagni die einfachste Antwort, die Polizei, die dann an gewissen Orten durchgreifen kann und momentan etwas korrigieren, aber es ist dann vielleicht schon zu spät, wenn die Polizei eingreifen muss. ER Gerhard Schwyn sagt mir immer, ich solle das nicht so eng sehen. Wir hätten früher auch Blödsinn gemacht. Es kam tatsächlich mal die Polizei, weil ich beim Fräulein Bollinger, Handarbeitslehrerin, ein Glöggli Spiel machte. Ich war natürlich erschüttert und die Eltern waren danach auch repressiv. Die Polizei war angenehmer als meine Mutter im Nachhinein. Jetzt sehen wir von allen drei Departementen, die Eltern kümmern sich immer weniger um die Kinder, die sie in die Welt gesetzt haben. Man nimmt das so hin. In einer letzten Arena habe ich von diesem Integrationsbeauftragten der Stadt Basel gehört. Ich spreche jetzt nicht von den Ausländern. Der ist in der Arena langsam ein Star geworden. Er ist praktisch jedes Mal dabei. Löst vielleicht Bundesrat Blocher ab! Nein, Spass beiseite, aber er ist sehr gut im argumentieren. Er hat gesagt, sie machen Verträge mit den Eltern. Ja, gibt es denn



das? Wir haben eine Abmachung, einen Vertrag mit den Eltern, wenn die Kinder ausgehen. Da müsste man sich mal darum kümmern, was das ganz genau sei. Kann man die Eltern zur Erziehung der Kinder zwingen? Kann man die Ausschweifungen der Kinder den Eltern so penetrant übergeben, dass sie sich vielleicht mit der Zeit überlegen, ob da alles so gut läuft? Ein besoffener Jugendlicher zu den Eltern zurück bringen. Mit der Polizei, mit dem angeschriebenen Auto, wenn die Eltern nicht dort sind, abholen lassen. Das macht man zwei-/dreimal und dann beginnt man nachzudenken ob das so Sinn macht? Kann man da vielleicht etwas eingreifen? Ich habe hier noch eine Notiz gemacht, ob die Gemeindeverwaltung überhaupt departement-übergreifend arbeitet? In den letzten drei, vier Sätzen von GR Franziska Brenn habe ich meinen Kommentar geändert. Es wird vernetzt über die Departemente gearbeitet. Das freut mich sehr, denn das muss man auch. Mit 12 Jahren beginnt es oder schon vorher. Das man die Kinder schon vor dem Fernseher wegnimmt und dann geht es weiter zur Polizei. GR Dino Tamagni hat mir seinen Bericht zugesteckt. Besten Dank dafür. Da sind mir einige Sachen aufgefallen, die mindestens repressiv wirken. Die Videokameras und die richterlichen Verfügungen. Dazu sollten wir wirklich im allerletzten Moment greifen. Allerdings Videokameras in Bussen, wie jetzt auch in der Eisenbahn, wäre vielleicht noch gut. Meine Frau hat mich darauf hingewiesen, dass es in den Bussen z.T. ungemütlich ist. Je nach Tags- oder Nachtzeit und das wirkt. Man muss ja niemanden danach beobachten, aber es wirkt, wenn da noch ein Auge blickt. Und nun zur Schwerpunkt-ermittlung. Auf der Einsatzkarte, wenn man bandenmässiges Zusammenraufen, wenn man das übertrieben so nennen möchte, stört, indem die Patroullien, weil sie erfahrungsgemäss wissen, wo diese Kerle oder "Kerlinnen", es sind auch Girls dabei, zuschlagen, und dort ist natürlich nicht mit dem Polizeiwagen aufzukreuzen, damit die sich im Vorfeld nicht schon verziehen. Wenn man jemanden in flagranti erwischt, dann sollte auch von dieser Person die Aufräumarbeiten übernommen werden. Die sollten tags darauf den "Grümpel" wieder aufräumen müssen. Die Schulräumungsaufgaben mit den Schülern betrachte ich z.T. etwas ähnlich wie ein Tenuefetz in der Armee. Das ist auch Kollektivstrafe. Die ganze Kompanie musste einmal wegen meiner Verspätung die Tenues verschiedene Male wechseln. Ich weiss nicht, wie das die anderen Leute im Rat sehen, ob ich da total daneben stehe und das kein Problem ist. Ich bin zufrieden, dass sich der Gemeinderat so darum bemüht hat und das Problem departementsübergreifend angegangen wird und wir können uns ja auch noch überlegen, ob es da noch einige Vorstösse unsererseits geben könnte.



GR Franziska Brenn

Ich möchte noch kurz darauf antworten. Was die Resignation anbelangt. Ich möchte betonen, dass wir nicht resignieren. Wir suchen jede Woche nach neuen Lösungen. Wir schauen jeden Fall einzeln an und versuchen irgendwo ein Gleis zu finden. Wir setzen sehr viel daran. Wir können das nicht einfach so hinnehmen. Aber natürlich ist es schon so, dass da auch eine gewisse Eigendynamik abläuft, die wir nicht immer kontrollieren können. Ich möchte noch etwas zu den Verträgen mit den Eltern sagen. Das ist nicht ganz einfach, weil diese Eltern oft sogar noch weniger strukturiert sind als die Kinder. Ein Vertrag kann man nur mit jemandem abschliessen, der auch vertragsfähig ist. Wenn nichts vorhanden ist, dann nützt auch ein Vertrag nichts. Da müssen dann doch wir stellvertretend etwas dazu tun.

GP Stephan Rawyler

Sozialreferentin Franziska Brenn ist deutlich über die Frage, die von Walter Hermann gestellt wurde, hinausgegangen und hat eigentlich einen grossen Teil des Spektrums abgedeckt von dem wir seit einiger Zeit auch betroffen sind. Wir sind hier keine Insel der Glückseligen und dennoch muss man sagen im Vergleich z.B. mit der Stadt Zürich sind wir doch in sehr guten Zuständen. Ich darf daran erinnern, in der Stadt Zürich gibt es ein Nottelefon, nicht für die Kinder, sondern für die Eltern. Eltern, die sich von ihren 16-jährigen Kindern bedroht fühlen und ihnen drohen. Zitat: "sie abzustechen." Man muss sich vorstellen, dass das Verhältnisse sind, die nicht nur als schwierig zu bezeichnen sind, sondern die katastrophal sind. Ich denke, da liegt tatsächlich eine Querschnittsaufgabe vor. Die können nicht nur Juristen, nicht nur Soziologen, nicht nur Psychologen lösen, sondern da liegt ein gesamthaft gesellschaftliches Problem vor. Wir sehen ja auch durchwegs, dass die Hemmschwelle, Gewalt anzuwenden, ganz massiv gesunken ist. Es mag schon sein, dass man vor Jahren auch Streiche gemacht hat, aber da kamen wohl kaum Messer oder andere Gewaltwerkzeuge zur Anwendung. Der Alkoholpegel erreichte nicht Höhen – bereits mit 12 Jahren – wie wir sie immer wieder feststellen müssen. Vielleicht nicht unbedingt in unserer Gemeinde, aber wir hören auch immer wieder von Problemen in der Stadt Schaffhausen. Die Regelungen für Elternverträge. Da ist darauf hinzuweisen. Grundsätzlich sind die Pflichten der Eltern und Kinder im ZGB geregelt. Aber ich bezweifle, ob in dieser Situation, wie ich sie im Zusammenhang mit dem Nottelefon für Eltern erwähnt habe der Stadt Zürich, das ZGB nicht viel helfen kann. Da muss man sich wirklich überlegen, was kann man ändern. Vermutlich braucht es



auch eine Portion Bürgersinn. Es wird eine Portion Repression brauchen. Es wird eine Portion Überwachung brauchen und da ist darauf hinzuweisen, dass die neusten Busse, die angeschafft werden sollten, tatsächlich auch eine Videoüberwachung vorsehen. Es ist tatsächlich so, dass es Tages- und Nachtzeiten gibt, in denen es nicht unbedingt ein grosses Vergnügen ist, im Bus unterwegs zu sein. Ich habe das selber auch schon mehrfach festgestellt. Dass, wenn die Schule aus ist, die Linie 1 nicht ganz einfach ist für die Buschauffeure. Ich erlebte einmal einen Buschauffeur, der sehr resolut und zu Recht einen tobenden Schüler kurzfristig an die frische Luft gesetzt hat. Ich denke, er hat sich beim anschliessenden Fussmarsch wieder beruhigt, aber man sieht, es ist nicht einfach. Es ist auch nicht einfach, wenn man als einzelner einfach etwas sagt. Nicht jeder hat die Postur von Arnold Schwarzenegger. Es ist ganz klar, dass es auch hier immer wieder ein klares Auftreten braucht. Aber eben auch ein solches, das zu keiner Selbstgefährdung führt. Ich denke, wir sind hier mitten in einem Prozess, den wir nicht in Neuhausen am Rheinfall lösen können, sondern indem wir durchaus auch auf die Erfahrungen der Städte Zürich, Basel, Genf zurückgreifen können und die positiven Erfahrungen hier sukzessive umsetzen können. Ich denke aber nicht, dass wir zu schnellen Lösungen kommen werden. Wenn es nämlich diese schnellen und einfachen Lösungen geben würde, dann wären diese andernorts längst angewendet worden.

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Ist der Interpellant nun doch noch einigermaßen mit der Beantwortung des Gemeinderates zufrieden oder sind weitere Wortmeldungen im Rat zum Thema?

ER Walter Herrmann (FDP)

Ja, ich bin zufrieden.

Das Geschäft ist erledigt.

TRAKTANDUM 3 Wahlen

a) der Präsidentin / des Präsidenten für 2007

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Ich nehme nicht an, dass gemäss Turnus unser jetziger Vizepräsident Rolf Forster (SVP) mit einer Gegenkandidatur rechnen müsste, aber ich möchte jetzt den Rat bitten, mir für die Wahl des Präsidenten Vorschläge zu unterbreiten.

ER Willi Josef (SVP)

Sie haben es vorher gesehen. Rolf Forster konnte bereits üben. Er wurde wenige Minuten nachdem die Sitzung begann ins kalte Wasser geworfen. Er musste sofort reagieren. Er hat diese Übung sehr gut absolviert und möchte Ihnen Rolf Forster als Präsident dieses Rates für das Jahr 2007 vorschlagen.

Wahlresultat:

Stimmberechtigte	20
Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	20
Maximalstimmen	20
Leere Stimmen	1
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	19
Absolutes Mehr	10

Es haben Stimmen erhalten:

Rolf Forster	SVP	18	gewählt
Vereinzelte		1	

**b) der Vizepräsidentin / des Vizepräsidenten für 2007**ER Jakob Walter (SP)

Nachdem es bereits in der Rhyfall Woche zu lesen war, möchte ich jetzt keine Verwirrung stiften, indem ich jemanden anders vorschlage. Sie alle kennen Ernst Schläpfer, wir haben darauf verzichtet, Lebensläufe zu verschicken und die SP Fraktion ist überzeugt, dass wenn er ein Jahr üben kann unter der Anleitung von Rolf Forster, er dann in einem Jahr Präsident werden kann. Ich bitte Sie, im Namen meiner Fraktion, Ernst Schläpfer die Stimme zu geben.

ER Thomas Theiler (CVP)

Ich muss Ihnen schon sagen, dass ich ein wenig brüskiert bin, dass wir aus der Zeitung erfahren mussten, wen die SP als neuen Vizepräsidenten vorschlägt. Genau also diese Partei, die jedes Mal ein mordsmässiges Theater macht, wenn die Unterlagen von den Geschäften nicht mindestens eine Woche vor der Einwohnerratssitzung bei den Parteien eingetroffen sind. Wenn die SP so viele oder zu viele gute Kandidaten für dieses Amt hat und sich trotzdem so lange Zeit lässt, die anderen Parteien zu informieren, schlage ich vor, dass die bürgerlichen Parteien ihre Stimmzettel leer einlegen, damit sich die Fraktion der Sozialdemokraten doch noch einig wird. Da die Fraktion der CVP das Traktandum nicht besprechen konnte, weiss ich auch nicht, wie meine Kollegen wählen werden. Trotzdem wünscht die CVP Ernst Schläpfer viel Erfolg und Durchhaltevermögen bei seiner neuen Aufgabe als Vizepräsident.



Wahlresultat:

Stimmberechtigte	20
Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel	20
Maximalstimmen	20
Leere Stimmen	4
Ungültige Stimmen	0
Gültige Stimmen	16
Absolutes Mehr	9

Es haben Stimmen erhalten:

Ernst Schläpfer	SP	15	gewählt
Vereinzelte		1	

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Wir haben weitere Wahlgeschäfte. Wir müssen noch zwei Stimmenzähler wählen für die Jahre 2007 und 2008. Ich bitte um Vorschläge.

c) von zwei Stimmzählerinnen / Stimmzähler für 2007 und 2008

ER Christian Di Ronco (CVP)

Die CVP schlägt Ihnen Thomas Theiler als Stimmzähler vor.

ER Felix Tenger (FDP)

Die FDP schlägt Ihnen Markus Anderegg als Stimmzähler vor.

ER Jakob Walter (SP)

Es ist keine Nominierung aber ich muss selbstverständlich meiner tiefsten Brüskierung Auskunft geben, dass ich nicht einmal in der Zeitung lesen konnte, wen die CVP vorschlägt, aber ich kann Sie beruhigen, meine Fraktion ist geistig so flexibel, dass sie auch ohne lange Vorwarnzeit fähig ist, dieses Wahlgeschäft zu erledigen.

ER Willi Josel (SVP)

Die SVP wird keinen Antrag stellen, keine Person vorschlagen. Es ist richtig und sinnvoll, dass während der laufenden Periode, also während der nächsten zwei Jahre, alle Fraktion vertreten sind. Das wird dann nicht der Fall sein für das letzte Jahr, wenn Rolf Forster zurücktreten muss, sein Königreich abgeben muss. Wir haben die gleiche Situation, als ich damals das Amt ausüben durfte und dann war irgendwann die FDP nicht vertreten. Ich habe dann als damaliger Präsident des Einwohnerrates der FDP zugesagt, wenn etwas im Büro läuft, dass dann die FDP informiert wird und ich gehe davon aus und bin zuversichtlich, dass dann auch im letzten Jahr, wenn Ernst Schläpfer Präsident wird, die SVP bei irgendwelche Anlässen und Problemen, die es gibt, informiert wird, was im Büro läuft.



ER Ernst Schläpfer (SP)

Man könnte das vielleicht dann auch anders machen, dass diejenige Partei, die dann den Vizepräsidenten stellt, auf das Stimmenzähleramt verzichtet.

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir werden die Wahl in offener Weise durchführen. Da ich jetzt aber selber vorgeschlagen bin, werde ich das Wahlgeschäft meinem designierten Vizepräsidenten resp. Präsidenten Rolf Forster übergeben, dann kann er sich bereits mal einüben fürs nächste Jahr.

ER Thomas Theiler (CVP) und ER Markus Anderegg (FDP) werden einstimmig mit je 19 Stimmen als Stimmenzähler für die Jahre 2007 und 2008 gewählt.



d) der Aktuarin / des Aktuars für 2007 und 2008

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Wir kommen zum letzten Traktandum. Zur Wiederwahl unserer Aktuarin Frau Sandra Ehrat für die Jahre 2007 und 2008. Ich nehme an, alle sind bestens Zufrieden mit unserer Protokollführerin und es wird sich kaum eine Kampfkandidatur anbahnen oder täusche ich mich da? Wir werden auch diese Wahl in offener Wahl durchführen.

Frau Sandra Ehrat wird einstimmig mit 20 Stimmen zur Aktuarin für die Jahre 2007 und 2008 gewählt.

Das Geschäft ist erledigt.



ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Somit haben wir die ganze Traktandenliste abgearbeitet und sind nun fast am Schluss unserer letzten Sitzung. Wie Sie alle wissen, werden wir nachher zur obligaten Feier ins Restaurant Metropol verschieben. Rolf Forster hat mich gebeten, ihm noch das Wort zu erteilen, um ein paar Worte an den Rat zu richten.

ER-Vizepräsident Rolf Forster (SVP)

Zuerst möchte ich allen für meine Wahl recht herzlich danken. Ein spezieller Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerrat, die mir mit Ihrer Stimme das Amt des Einwohnerratspräsidenten der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall anvertraut haben. Als Repräsentant der Gemeinde bin ich ein Mann aus dem Volk und werde meine Aufgaben als Präsident nach bestem Willen und Gewissen vertreten. Ich möchte Ernst Schläpfer zur Wahl als Vizepräsidenten herzlich gratulieren und freue mich über eine gute Zusammenarbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Euch allen und der ganzen Bevölkerung der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall ein schöner Adventsmonat, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2007. Herzlichen Dank.

ER-Präsident Markus Anderegg (FDP)

Wir sehen uns wieder am 11. Januar 2007 unter neuer Führung. Die Sitzung ist geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Markus Anderegg
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin